

D. H.

Dresdner Journal.

Königlich Sächsischer Staatsanzeiger.

Verordnungsblatt der Ministerien und der Ober- und Mittelbehörden.

Beauftragt mit der verantwortlichen Leitung: Hofrat Doenges in Dresden.

Nr. 225.

Mittwoch, 27. September

1911.

Begugspreis: Beim Bezug durch die Expedition, Große Zwingerstraße 16, sowie durch die deutschen Postanstalten 3 Mark vierteljährlich. Einzelne Nummern 10 Pf.

Erscheint: Werktag nachmittags. — Fernsprecher: Expedition Nr. 1295, Redaktion Nr. 4574.

Auskündigung: Die Seite II. Schrift bei 6 mal ggf. Anklängungsteile 25 Pf., die Seite größeres Schrift ob, deren Raum auf 3 mal ggf. Textseite im amt. Teile 60 Pf., unter dem Redaktionsstrich (eingehandelt) 70 Pf. Preisermäßigung auf Geschäftsangelegen. — Schluss der Annahme vorm. 11 Uhr.

In den Londoner Docks sind von neuem Unruhen ausgetragen. 500 Arbeiter sind anständig.

Das französische Marineministerium beziffert die Zahl der von der Beschießung der „Liberté“ Getöteten und Verwundeten auf 204, der Verwundeten auf 186. Außerdem sind infolge des Unglücksfalls 48 Leute auf 12 anderen Schiffen leicht verletzt worden.

In dem Dorfe Zbevci (Böhmen) zerstörten 2000 Textilarbeiter acht Wirtschaftsgebäude und vernichteten die Vororte.

In Anbetracht der zunehmenden Reisefahrer infolge des Reisemangels in den benachbarten Ländern hat der Generalgouverneur von Holländisch-Indien die Ausfahrt von Reis vorläufig verboten.

Amtlicher Teil.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem Professor am Gymnasium zu Dresden-Reutstadt Dr. phil. Karl Anton Hille anlässlich seines Übertrittes in den Ritterstand das Ritterkreuz 1. Klasse des Albrechtsordens zu verleihen.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem bisherigen Ortsrichter Gottfried Wilhelm Kiesel in Breunsdorf v. Bonn das Kreuz zu verleihen.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem oad. jur. Adolf Nikolaus Hermann Giese in Leipzig für die von ihm am 7. April unter eigener Lebensgefahr bewirkte Errettung eines Kindes vom Tode des Ertrinkens in dem Pleißemühlgraben in Leipzig die silberne Lebensrettungsmedaille mit der Beschriftung zu verleihen, sie am weißen Bande zu tragen.

Dem Postbaurate Wildfang in Bözen ist vom 1. Dezember 1911 ab die Postbauratstelle in Leipzig übertragen worden.

Nachdem Se. Majestät der König von Sachsen auf Grund von Art. 50 der Verfassung des Deutschen Reiches zu dieser Anstellung die landesherrliche Bestätigung erteilt haben, wird Solches zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Dresden, am 21. September 1911. 328 Voß.

Finanzministerium. 6815

Herr Amtshauptmann Dr. Fritzsche in Stollberg ist vom 9. bis mit 18. Oktober d. J. beurlaubt. 1782.

Der Kreishauptmann. 6820

Vom Stadtrat zu Chemnitz (Garnisonstadt) ist der Ratsoberwölziger Uhlig als derjenige Vollstreckerbeamte bestimmt worden, dem die wegen rücksichtiger Gemeindeanlagen den Reitern abgesänderte Gegenstände zu übergeben sind. Siehe Verordnung des Königlichen Ministeriums des Innern vom 1. November 1898.

Chemnitz, am 21. September 1911. 54811

Die Königliche Kreishauptmannschaft. 6821

Die Königliche Kreishauptmannschaft hat den Schulinhaben Hermann Max Voigt und Max Kurt John in Behren für die von ihnen am 28. Juli dieses Jahres mit Mut und Entschlossenheit bewirkte Rettung eines Knaben vom Tode des Ertrinkens in der Elbe bei Behren je eine Gelbbelohnung bewilligt. 2813 III.

Dresden, am 1. September 1911. 6824

Röntgliche Kreishauptmannschaft.

(Behördliche Bekanntmachungen erscheinen auch im Inseraten teil.)

Rechtamtlicher Teil.

Vom Königlichen Hofe.

Dresden, 27. September. Se. Majestät der König lehrte heute vormittag aus der Sächsischen Schweiz nach

Billnitz zurück und nahm hierbei von 1 Uhr ab die Vorlage der Herren Staatsminister und des Königlich-Kabinettsekretärs entgegen.

Um 2 Uhr handte St. Majestät Familiensafte statt, an der Ihre Königl. Hoheiten Prinz und Frau Prinzessin Johann Georg, Prinz Max und Prinzessin Mathilde teilnahmen.

Rücktags begab sich St. Majestät der König zu einem etwa achtzigigen Jagdaufenthalt nach dem König-Jagdhause Rehfeld.

Stellung darstellen, aber über den Beginn einer rückläufigen Entwicklung der wirtschaftlichen Lage anzeigen. Diese vorläufig gehaltene Auflistung wird nun in der Tagespresse zu ungünstigen Beurteilungen der gesellschaftlichen Konjunktur ausgenutzt. Man hat über allen Grund, die Stimmung der Geschäftswelt nicht ohne Not ungünstig zu beeinflussen. Das lädt man außer acht, wenn man die vereinzelten Wollen am wirtschaftlichen Horizont in ihrer Bedeutung übertriebt. Es ist bei einem Gesamtbild auf die wirtschaftliche Lage absolut kein zwingender oder auch nur hinreichender Grund vorhanden, mit einem Konjunkturumsturz zu rechnen. Der heile Grabmeister bleibt für die allgemeine Beurteilung das Ausmaß der zur Verfügung stehenden Arbeitsgelegenheit. Und gerade hier zeigt die Zunahme der Beschäftigtenzahl, daß das laufende Jahr eine starke weitere Ausdehnung der Arbeitsgelegenheit gebracht hat. Es hat sich nach der monatlichen Statistik der Konkurrenz dass die Zahl der Beschäftigten vom 1. Januar bis 1. September in den nachstehenden Jahren, wie folgt, bewegt:

Jahr	der Beschäftigten	1. September	Zunahme	Zunahme
1904	3 740 169	4 092 305	352 136	9,4
1905	3 995 947	4 319 541	323 594	8,1
1906	4 243 313	4 506 807	263 494	6,2
1907	4 371 723	4 666 112	294 389	6,7
1908	4 494 071	4 630 944	136 873	3,0
1909	4 465 644	4 772 437	306 798	6,9
1910	4 691 397	4 989 768	298 371	6,4
1911	4 938 412	5 266 772	328 360	6,6

Es geht aus dieser Zusammenstellung hervor, daß das Jahr 1911 allerdings nicht zu den vorwärtsstürmenden Jahren wie 1904 und 1905 gehört, daß es vielerlei eine ruhige Bewegung nach aufwärts angeht, die um so weniger zu Befürchtungen Anlaß gibt, als in den Vorjahren keine Abtreibungen stattgefunden haben und der Arbeitsmarkt nicht übermäßig überfüllt, sondern relativ günstig ist. Insolito unterscheidet sich das laufende Jahr vom Jahre 1907. Damals waren nicht nur die harten Steigerungen der Arbeitsgelegenheit 1904 und 1905 vorhergegangen, sondern auch der Arbeitsmarkt zeigte schon von Juni ab eine deutliche Verschlechterung im Vergleich zum Vorjahr. Das ist heuer nicht der Fall. Wohl aber soll und kann eine Abschwächung im laufenden Jahr während der Monate Juni und Juli nicht bekräftigt werden. Es ist aber sehr wahrscheinlich, daß diese Abschwächung nur vorübergehend ist. Die Abschwächung besteht auch nicht etwa darin, daß die Arbeitsgelegenheit gegen 1910 nachgelassen hätte, sondern darin, daß die ungewöhnliche Zunahme der Beschäftigtenzahl im April und Mai d. J. im Juni und Juli nicht gehalten werden konnte. Trotz der Abschwächung in den Monaten Juni und Juli ist aber die Zunahme der Arbeitsgelegenheit seit April im laufenden Jahr stärker als im Vorjahr. Da das Herbstgeschäft nach den vorliegenden Beobachtungen kräftig eingesetzt hat, so ist es nicht gerechtfertigt, einen Konjunkturumsturz auch nur als wahrscheinlich zu bezeichnen. Es liegt unseres Erachtens kaum im Bereich der Möglichkeit.

Der Vorstand des Deutschen Städtetages

ist gestern unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Kirchner im Berliner Rathaus zusammengetreten. Die Beratungen drehten sich um die Beschlüsse der Hauptversammlung in Posen. Es wurden die grundlegenden Bestimmungen für die Geldvermittlungskette des Deutschen Städtetages in Düsseldorf und der Wortlaut der Eingaben an den Bundesrat in der Frage der Arbeitslosenversicherung festgestellt. Sehr eingehend wurde die Frage der zwangsweisen Versicherung und insbesondere die der Sozialarbeiter, der Bauarbeiter und der unbekleideten Gelegenheitsarbeiter erörtert, die regelmäßig, z. B. im Winter, feiern müssen. Die Frage der allgemeinen Lebensmittelsteuerung wurde zur weiteren Behandlung einer Kommission übertragen, die — eventuell unter Zuziehung von Sachverständigen — sich über die wirklichen, zurzeit noch keineswegs voll übersehbaren Ernteegebnisse, über die Preissteigerungen sowie über die Wirkungen der jüngst bewilligten Tarifermäßigungen gewissermaßen und demnächst ihre Vorschläge machen soll. Auf eine Anregung des Rates der Stadt Leipzig hin wurde über die herrschende Unsicherheit der Rechtspreise in Nahrungsmittelsachen verhandelt und beschlossen, der Reichsregierung in einer Eingabe die schleunige Schaffung einer Zentralinstanz zur Begutachtung in Nahrung- und Genussmittelfragen nahezulegen. Endlich wurde errogogen, wie den beträchtlichen Schäden vorzugeben sei, die durch steigenden Betrieb von LKW-Automobilen ohne Gummibereifung hervorgerufen werden. Bevor weitere Schritte unternommen werden, soll versucht werden, auf Grund allgemeiner Straßenpolizeiverordnungen gegen derartige Fahrzeuge vorzugehen.

Ableistung der Dienstpflicht in Kiautschou.

Für unternehmende junge Leute, die ihre Welt- und Menschenkenntnis erweitern und sich die deutsche Heimat einmal von draußen ansehen wollen, bietet sich eine günstige Gelegenheit, ihren Geschäftsrat zu vergrößern durch die Möglichkeit, ihrer Dienstpflicht in solchen Truppenteilen zu genügen, die außerhalb der deutschen Heimat stationiert sind. Unter anderen kommen hierfür auch die Matrosenartillerieabteilung Kiautschou

Mittteleuropäischer Wirtschaftsverein.

Der Mittteleuropäische Wirtschaftsverein in Deutschland (Berlin W 30) hält am 14. Oktober in München seine Generalversammlung ab. Im Mittelpunkt der Tagesordnung steht die Verhandlung über Mittel und Wege, den Donauverkehr zu heben und den Charakter dieser Wasserstraße als Bindemittel zwischen Bayern und Österreich-Ungarn stärker als bisher zu betonen. Der Geschäftsführer des bayerischen Kanalvereins fordert das Reserat erstatte. An der Diskussion werden sich auch Vertreter des Mittteleuropäischen Wirtschaftsvereins in Österreich und in Ungarn, sowie rumänische Interessen und Sachverständige beteiligen. Die Tagesordnung erklärt vorläufig noch eine Erweiterung durch einen Bericht über die Verfolgung privater Rechtsansprüche gegen fremde Schuldenstaaten, ein Thema, das neben dem vorangeführten angeholt lebhaft praktisch geworden, für die deutsche Wirtschaft bedeutsamer Fälle besonderes Interesse verdient.

Konjunkturumschwung?

Unter dieser Überschrift führt die „Wirtschaftliche Korrespondenz“ folgendes aus:

In der Vorstandssitzung des Vereins Deutscher Maschinenbauunternehmen, die kürzlich in Posen abgehalten wurde, gab der Vorstandsvorsitzende Klein-Dahlbruch, einen Überblick über die Lage im deutschen Maschinenbau. Dabei führte er aus, daß die Lage augenscheinlich nicht ganz klar sei; es mache sich Anzeichen bemerkbar, die zur Befürchtung mahnen. Es müsse abgewartet werden, ob sie, was wahrscheinlich ist, nur eine augenscheinliche